

WESTFALEN-BLATT

Zeitung für Gütersloh, Verl, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg und Harsewinkel

UNABHÄNGIG · BÜRGERLICH

POLITIK

Früherer US-Außenminister Colin Powell stirbt an Corona



KULTUR

Antje Rávik Strubel erhält für ihren Roman „Blaue Frau“ den Buchpreis

Dienstag, 19. Oktober 2021

www.westfalen-blatt.de

Preis: 2,30 Euro

Heute im Lokalteil

Paar will Jagd verbieten

GÜTERSLOH. Margrit und Klaus-Dieter Dorn haben vier Grundstücke auf Gütersloher Gebiet geerbt. Bisher darf auf den Flächen gejagt werden. Das wollen die Gütersloher nun ändern. Ein erster Antrag wurde allerdings abgelehnt. Im Gespräch erklären sie, wie sie weiter vorgehen wollen. | Seite Gütersloh 1

Männer verletzt

GÜTERSLOH. Bei einem Streit am Spiekgarten in Blankenhagen sind am frühen Montag zwei Männer im Alter von 44 und 17 Jahren verletzt worden, einer musste ins Krankenhaus gefahren werden. Zwei andere Männer sind in Gewahrsam genommen. Laut Polizei, um weitere Straftaten zu verhindern. | Seite Gütersloh 1

Küsterin hört auf

VERL. Mit Pfarrer Joachim Cruse hat eine Persönlichkeit die Kirchengemeinde St. Marien verlassen. In seinem Schatzen ist aber auch jemand gegangen, der die Gemeinde geprägt hat. Gisela Wendt hört als Küsterin auf. Im Gespräch blickt sie zurück. | Seite Verl

Kommentar

Spritpreise auf Rekordhoch Vorgeschmack

Von Jürgen Stilling



Die Verbraucher ächzen – vor allem die, die auf ihr Auto für den Weg zur Arbeit angewiesen sind. Diesel-Kraftstoff war noch niemals so teuer wie aktuell – ärgerlich, denn besonders Diesel-Autos sind bei Vielfahrern nach wie vor äußerst beliebt.

Doch müssten die Politiker in Berlin nicht frohlocken? War es nicht das Ziel der zu Jahresbeginn eingeführten CO₂-Steuer, Autofahren teurer zu machen, um das Klima zu schonen? Weniger fahren, umsteigen auf Elektro-Modelle – das sollte den Bundesbürgern nahegelegt werden. Nun die Kehrtwende: Noch-Verkehrsminister Andreas Scheuer und andere Experten quer durch die Bundestagsfraktionen warnen vor einer zu starken Belastung der Autofahrer.

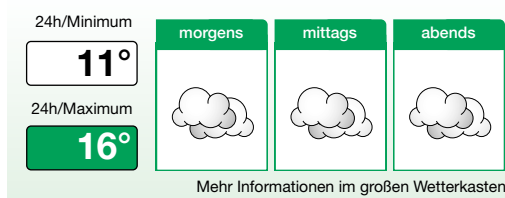
Klar, die aktuellen Höhenflüge an den Zapfsäulen sind nur zu einem Teil von der neuen Steuer verursacht, sondern vielmehr durch die starke Rohölnachfrage nach Abklingen der Corona-Pandemie. Dennoch bekommen die Konsumenten nun einen Vorgeschmack davon, was die Politik für den Klimaschutz bewirkt: massive finanzielle Belastungen für die Menschen immer dann, wenn sie umweltschädlich handeln.

Zitat



»Vegetarisch akzeptiere ich noch ein bisschen, vegan überhaupt nicht, weil die Leute auf die Dauer nur krank werden. Das Problem ist, die sind ja militant.«

Uli Hoeneß (69), Ex-Präsident des FC Bayern München und Ex-Chef einer Wurstfabrik



Nr. 244 / 42. Woche / 7294 / 76. Jahrgang
gegründet 1946

Abonnentenservice:
Telefon 0521/585-100
Fax 0521/585-371

Anzeigenannahme:
Telefon 0521/585-8
Fax 0521/585-480



Spiele in China: Protest gegen olympisches Feuer

Begleitet von einigen Protesten gegen Chinas Politik in Tibet und Hongkong ist am Montag das olympische Feuer für die Winterspiele in Peking entzündet worden. Die Flamme wurde mit Hilfe eines Hohlspiegels und der Sonnenstrahlen in der antiken Stätte von Olympia entfacht. Wegen der Pandemie wird es in Griechenland keinen langen Fackellauf geben. Die Spiele finden vom 4. bis 20. Februar statt. Die griechische Schauspielerinnen Xanthi Georgiou, die die Rolle der Hohepriesterin spielt, entzündete die Fackel am Geburtsort der Olympischen Spiele im Südwesten Griechenlands. Foto: dpa | Sport



Koalitionsgespräche können beginnen – Streit um Besetzung der Ministerien

Auch die FDP will über Regierung verhandeln

BERLIN (dpa/WB). Rund drei Wochen nach der Bundestagswahl können die Koalitionsverhandlungen zur Bildung der ersten Ampel-Regierung auf Bundesebene beginnen. Nach SPD und Grünen stimmte am Montag auch die FDP für die Aufnahme intensiver Gespräche. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen“, sagte FDP-Chef Christian Lindner.

„Deutschland braucht eine stabile Regierung, Deutschland darf nicht führungslos sein, Deutschland benötigt eine umfassende Modernisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat“, so Lindner. Er machte deutlich, das nun angestrebte Ampel-Bündnis sei vor der Wahl keine Wunschkonstellation

gewesen und werde wohl eher ein Zweckbündnis. Es gebe nach wie vor große inhaltliche Unterschiede, bei denen es auch in Zukunft bleiben werde. Das erfordere von allen viel Toleranz. Die Koalitionsgespräche, in denen das Sondierungspapier konkretisiert werden



Die FDP sagt Ja: Parteichef Christian Lindner. Foto: imago

soll, könnten diese Woche beginnen. Dabei wird es in den kommenden Wochen auch um Zuschnitt und Besetzung der Ministerien gehen. Allerdings sollen zunächst die inhaltlichen Vorhaben des Koalitionsvertrags festgelegt werden.

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hatte im Wahlkampf stets betont, sein Kabinett solle paritätisch, also mit gleich vielen Frauen wie Männern besetzt sein. Davon zeigten sich führende FDP-Politiker nun wenig begeistert. „Bei der Besetzung von Kabinettsposten sollten die Qualifikation und die Fähigkeit, ein Ministerium zu führen, eine Hauptrolle spielen“, sagte FDP-Vize Wolfgang Kubicki. FDP-Vorstandsmitglied Marie-Agnes Strack-Zimmermann erklär-

te: „Wenn man die gesellschaftliche Realität im Kabinett abbilden möchte, macht es natürlich Sinn, Minister und Ministerinnen gleichermaßen im Kabinett zu haben.“ Zuerst müsse die Kompetenz eine Rolle spielen. Vor allem um die Besetzung des Finanzressorts bahnt sich eine Auseinandersetzung zwischen Grünen und FDP an.

Der FDP-Bezirksvorsitzende in OWL, Frank Schäffler, sagte am Montag: „Wir wollen die Grundlage für die Erneuerung des Aufstiegsversprechens in Deutschland schaffen. Jede und jeder soll seine Vorstellungen vom Leben verwirklichen können. Dazu braucht es eine Politik, die Chancen ermöglicht und nicht verhindert.“ | Seite 4: Leitartikel und Hintergrund

Russland schließt Büro bei der Nato

MOSKAU (dpa). Als Reaktion auf entzogene Akkreditierungen für russische Diplomaten stellt Russland die Arbeit seiner Vertretung bei der Nato in Brüssel ein. Das teilte Außenminister Sergej Lawrow mit. Auch die Arbeit des Nato-Büros in Moskau werde beendet. Zudem dürfe die Nato-Militärmission in Moskau nicht weiterarbeiten. In dringenden Fällen könne sich die Nato an den russischen Botschafter in Belgien wenden.

„Epidemische Lage“ soll beendet werden

BERLIN (dpa). Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat sich für ein Auslaufen der „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ ausgesprochen. Das Robert-Koch-Institut stuft „das Risiko für geimpfte Personen als moderat ein“, somit könne angesichts der aktuellen Impfquote die epidemische Lage am 25. November als bundesweite Ausnahmeregelung auslaufen und beendet werden, wurde Spahn von Teilnehmern zitiert.

Erdölpreis steigt – Steuern und Abgaben hoch

Diesel so teuer wie nie

MÜNCHEN (WB/dpa). Der weiter steigende Erdölpreis schlägt auf die Verbraucher durch. So teuer wie jetzt war der Liter Diesel nie zuvor in Deutschland. Im bundesweiten Tagesdurchschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC am Montag mitteilte. Damit übertraf er den bisherigen Rekord von 1,554 Euro vom 26. August 2012 minimal. Auch Benzin nähert sich dem historischen Höchststand. Super der Sorte E10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord vom 13. September 2012. Treiber ist vor allem der

nach dem Corona-Einbruch des vergangenen Jahres gestiegene Ölpreis, der mehrjährige Höchststände erreicht hat. Investoren machen sich vor den Wintermonaten Sorgen um ein zu geringes Angebot. Die für Europa wichtige Nordseesorte Brent war am Montag so teuer wie seit drei Jahren nicht mehr. Beim Diesel wird der Anstieg zudem angeblich durch herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt. Und: Seit Jahresbeginn sorgt der Kohlendioxid-Preis von 25 Euro pro Tonne für einen zusätzlichen Aufschlag von rund sechs bis acht Cent je Liter. Besonders drastisch ist die

Entwicklung, wenn man sie mit dem Vorjahr vergleicht. Da hatten Öl- und Spritpreise durch die Corona-Krise Tiefstände erreicht, bevor Anfang November 2020 die Trendwende kam. Zuletzt forderte Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), bei weiter steigenden Energie- und Kraftstoffpreisen kurzfristig wirksame Gegenmaßnahmen vorzubereiten. Ein großer Teil des Kraftstoffpreises an der Zapfsäule sind Steuern und Abgaben. Bei Diesel sind das etwa 25 Cent Mehrwertsteuer, gut 47 Cent Mineralölsteuer und die sechs bis acht Cent aus dem Kohlendioxid-Preis. | Kommentar



Polen baut Grenzzaun zu Belarus

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will den starken Anstieg illegaler Einreisen über die polnisch-deutsche Grenze im Kabinett zur Sprache bringen. Der Minister wolle in der nächsten Sitzung Maßnahmen vorschlagen, wie man mit der Situation umgehen sollte. Die Flüchtlinge kommen über Belarus. Polen baut derzeit als dauerhafte Befestigung an der Grenze zu Belarus einen hohen Drahtzaun. Foto: dpa | Politik